

Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister

Ausschussbetreuender Fachbereich Jugend und Soziales	Datum 31.03.2009
	Schriftführung Hans-Jörg Fedder
	Telefon-Nr. 02202/142865
Niederschrift	
Jugendhilfeausschuss	Sitzung am Dienstag, 24. März 2009
Sitzungsort Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) 17:00 Uhr - 19:19 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis) keine
Sitzungsteilnehmer Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis	
Tagesordnung	

A Öffentlicher Teil

- 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und Beschlussfähigkeit**
Seite A 3
- 2. Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 24.03.2009 - öffentlicher Teil -**
Seite A 4
- 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 04.02.2009 - öffentlicher Teil**
85/2009 *Seite A 4*
- 4. Mitteilungen der Vorsitzenden**
Seiten A 4 f
- 5. Mitteilungen des Bürgermeisters**
86/2009 *Seiten A 5 ff*
- 6. Präsentation der Aktion "72 Stunden - Uns schickt der Himmel"**
87/2009 *Seite A 7*
- 7. Meldepflicht bei Nichtteilnahme an Kinderfrüherkennungsuntersuchungen / U-Untersuchungen**
77/2009 *Seiten A 7 f*
- 8. Praxisbericht aus den Familienzentren**

	83/2009	Seiten A 8 f
9.	Auswahl eines weiteren Familienzentrums für die Landesförderung 82/2009	Seiten A 11 f
10.	Wechsel der Trägerschaft über die Kindertagesstätte "Luise Ueding" im Zentrum für Aktion und Kultur (ZAK) 92/2009	Seiten A 9 ff
11.	Wechsel der Trägerschaft über die Kindertagesstätte "Pusteblume" 91/2009	Seite A 11
12.	Anfragen der Ausschussmitglieder	Seite A 12

B	<u>Nichtöffentlicher Teil</u>	
1.	Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 24.03.2009 - nichtöffentlicher Teil -	Seite B 1
2.	Mitteilungen der Vorsitzenden	Seite B 1
3.	Mitteilungen des Bürgermeisters	Seite B 1
4.	Anfragen der Ausschussmitglieder	Seiten B 1 ff

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und Beschlussfähigkeit

@->

Die Vorsitzende, Frau Bendig, eröffnet die 25. Sitzung in der siebten Wahlperiode und stellt fest, dass der Jugendhilfeausschuss ordnungsgemäß und rechtzeitig eingeladen wurde und beschlussfähig ist.

Entschuldigt haben sich folgende Ausschussmitglieder:

- Frau Mundorf (Stadtsporth Jugend) wird von Herrn Dr. Molitor (Deutsches Rotes Kreuz) vertreten.
- Frau Forster und Frau Betzin (Kreativitätsschule) können nicht an der Sitzung teilnehmen.
- Herr Pfarrer Wolff (Katholische Kirche) ist ebenfalls entschuldigt. Er wird von einem neuen stellvertretenden Ausschussmitglied, Herrn Schäfer, vertreten, den Frau Bendig herzlich begrüßt und der im Anschluss an diesen Tagesordnungspunkt verpflichtet wird.

Frau Münzer (CDU-Fraktion) bittet um Erweiterung der Tagesordnung um einen Antrag der CDU-Fraktion vom 24.03.2009 für eine vernetzte kommunale Bildungslandschaft. *(Dieser Antrag ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.)*

Herr Hastrich verweist auf die Vorschriften der Geschäftsordnung, nach der Anträge spätestens zwei Wochen vor dem Sitzungstag vorliegen müssen. Da diese Frist nicht eingehalten wurde, könne der Antrag erst auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt werden. Frau Münzer erklärt für die Antragstellerin ihr Einverständnis zu dem Verfahren.

Frau Bendig begrüßt als Gäste Herrn Buchen, der zusammen mit Herrn Homrighausen zu TOP A 6 vortragen wird, Frau Boljahn, Frau Rubruck und Frau Lange zu TOP A 8 sowie Herrn Spieker von der FRÖBEL-Gruppe zu den TOP A 10 und A 11. Da Herr Spieker ein Flugzeug nach Berlin erreichen müsse, bitte sie die Ausschussmitglieder um zügige Beratung.

Sodann wird Herr Martin Schäfer in feierlicher Form unter Verlesung des Verpflichtungstextes in sein Amt als stellvertretendes beratendes Ausschussmitglied für die katholische Kirche eingeführt und zu einer ordnungsgemäßen und gewissenhaften Wahrnehmung seiner Aufgaben verpflichtet. *(Über die Verpflichtung wurde eine Niederschrift gefertigt, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.)*

<-@

2 **Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 24.03.2009 - öffentlicher Teil -**

@->

Die Niederschrift wird genehmigt.

<-@

3 **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 04.02.2009 - öffentlicher Teil**

@->

Frau Lehnert (CDU-Fraktion) äußert ihre Erleichterung darüber, dass der Fragebogen zurückgezogen wurde. Mit diesem Fragebogen verbinde sie kritische Fragen z. B. nach Bedürfnissen junger Leute nach 22 Uhr oder nach sexuellen Belästigungen. Besonders die letztgenannte Frage, sofern sie mit „Ja“ beantwortet würde, führe zu einer Entanonymisierung des Fragebogens.

<-@

4 **Mitteilungen der Vorsitzenden**

@->

Frau Bendig berichtet über einige ihr zugegangene Schreiben:

1. Schreiben des Herrn Stefan Krey, dem Vorsitzenden des Kindergartens „Lauter Pänz“. Herr Krey bittet darum, noch einmal über die Schließung dieser Einrichtung nachzudenken. Sie bitte die Verwaltung, zur Vorgehensweise Stellung zu nehmen. Dieser Brief werde der Niederschrift beigelegt.
Herr Hastrich erklärt, das Schreiben sei der Verwaltung bekannt. Mit dem Integrierten Entwicklungsplan wurde beschlossen, sukzessive alle eingruppierten Einrichtungen aufzulösen, also auch die Einrichtung „Lauter Pänz“. Laut Beschluss vom 01.03.2007 ist die Schließung der Einrichtung für den 31.07.2009 vorgesehen. Die Verwaltung bemühe sich derzeit, den Betrieb bis zum 31.07.2010 sicherzustellen. Dieser Vorschlag solle auch Teil der Fortschreibung der Entwicklungsplanung werden, die im Herbst oder spätestens Anfang nächsten Jahres beraten werden müsse. Gerne könne spätestens in der nächsten Sitzung dieses Ausschusses zu dem Schreiben Stellung genommen werden.
2. Ihr liege ein Schreiben von Dechant Janßen über die Umbesetzung des Jugendhilfeausschusses vor. Herr Schäfer, Geschäftsführer der katholischen Jugendwerke, wurde bereits als Nachfolger von Herrn Schmitz verpflichtet.
3. Ihr sei eine Einladung des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes (DPWV) für den 28.04.2009, 18.00 Uhr, zugegangen.
Herr Hastrich teilt mit, dass der Termin für das Gespräch der Träger Offenen Ganztagsgrundschulen mit der Politik auf den 05. Mai verlegt wurde, um der Ratssitzung auszuweichen.
4. Ebenfalls vom DPWV wurde eine Bitte um ein Gespräch zwischen Politik und dem DPWV zum Leistungsverbund für Elterninitiativen im Rheinisch-Bergischen Kreis an sie herangetragen.
Zum letzten Schreiben des DPWV und des Vereins zur Förderung der Jugend- und Sozialarbeit verweist Herr Hastrich darauf, dass allen Teilnehmern der Amtsleiterkonferenz der Jugendamtsleiter im Rheinisch-Bergischen Kreis das gleiche Schreiben vorliegt. Er habe in der Amtsleiterkonferenz vereinbart, mit beiden

Vereinen ein Gespräch zu führen. Bereits jetzt werde mit einem der beiden Vereine über die künftige Finanzierung der betriebswirtschaftlichen Fachberatung verhandelt. Ggfs. werde der Ausschuss über die Ausgestaltung und Bedarfslage informiert.

5. Frau Bendig bedankt sich für die als Tischvorlage verteilte Broschüre „Ferienfahrten 2009“ der Verwaltung. Außerdem wurde eine Information zu „72 Stunden – Uns schickt der Himmel“, ein Artikel über die Zukunftsfähigkeit von Kindertageseinrichtungen und ein Fragebogen zur Bedarfserhebung zur Betreuung von Kindern bis 6 Jahren verteilt.

<-@

5

Mitteilungen des Bürgermeisters

@->

Herr Zenz erläutert die Darstellung des Programms KiTaBO (Kindertagesbetreuung-Online) im Internet auf der Seite der Stadt Bergisch Gladbach. Dieses Programm ist auf der Internetseite unter „Jugend und Familie“ → Betreuung → KiTaBO zu finden. In diesem Programm sind alle Kindertagesstätten in Bergisch Gladbach erfasst, allerdings nur mit den Daten, die vom Landesjugendamt gepflegt werden. Die Kindertagesstätten erhalten die Möglichkeit, ihr Angebot sehr differenziert darzustellen. Am 06.05. findet eine Schulungsveranstaltung statt.

Herr Lehmkuhler (FDP-Fraktion) begrüßt die Einführung dieses Programms, das allerdings auf der Homepage sehr versteckt sei. Er spricht sich dafür aus, einen ICON auf der Startseite anbringen.

Herr Hastrich sagt zu, die EDV-Abteilung auf die Umsetzungsmöglichkeit dieses Vorschlags anzusprechen. Für die erste Seite bestehen allerdings immer große Begehrlichkeiten.

Frau Münzer begrüßt dieses Programm ebenfalls sehr.

Herr Hastrich teilt zur Jugendbefragung mit, die Verwaltung bedaure sehr, dass durch die Informationspolitik des Landesdatenschutzbeauftragten die Erhebung wesentlicher Daten für die Jugendhilfeplanung unterbunden wurde. Selbstverständlich könne über einzelne Fragestellungen diskutiert werden.

Die Datenschutzbeauftragten der Stadt und des Rheinisch-Bergischen Kreises waren in die Befragung eingebunden; sie hätten erhebliche Kritik am Schreiben des Landesdatenschutzbeauftragten. Dieses sei in wesentlichen Teilen rechtlich unzutreffend. Da dieses Schreiben bereits in der Öffentlichkeit diskutiert wurde, bevor das Jugendamt mit der Landesbehörde darüber sprechen konnte, war es politisch geboten, auf die Befragung zu verzichten. Die Verwaltung suche jetzt entsprechend der heutigen Absprache in der Jugendamtsleiterkonferenz nach einem neuen Weg, an die relevanten Planungsdaten zu kommen.

Bei der OGS-Förderung war noch die Entscheidung über den Antrag der freien Träger aus dem letzten Jahr offen, der im Rahmen der Haushaltsplanberatungen zurückgestellt wurde, u. a. mit dem Hinweis auf laufende Verhandlungen zwischen dem Land und den Spitzenverbänden der freien Träger. Ergebnis ist, dass es auf Landesebene keine Erhöhung der Pauschale gibt. Daraufhin wurde verwaltungsseitig geprüft, wie eine Lösung der Problematik gefunden werden kann. Dazu findet morgen Abend ein Gespräch zwischen der Trägerkonferenz und den Vertretern der Verwaltung statt. Den Trägern wird ein Vorschlag unterbreitet, wie die Problematik zum 01.08.2009 aufgegriffen bzw. aufgelöst werden kann. Im Zusammenhang mit der

Trägerkonferenz werden die fachpolitischen Sprecherinnen und Sprecher der Fraktionen vor der Ratssitzung am 28.04. über den Vorschlag und den Weg der politischen Umsetzung informiert. Vermutlich wird sich der Jugendhilfeausschuss in seiner nächsten Sitzung mit der Gesamthematik befassen können.

Der als Tischvorlage verteilte Fragebogen wird in den nächsten Wochen an die Personensorgeberechtigten jedes zweiten Kindes unter sechs Jahren geschickt mit der Bitte, ihn ausgefüllt zurückzuschicken. Auf die Daten wolle die Verwaltung künftig bei der Ermittlung der Bedarfe von Eltern zur Kindertagesbetreuung zurückgreifen. Dieser Fragebogen wurde zusammen mit anderen Jugendämtern entwickelt, die diesen Fragebogen ebenfalls nutzen. Er soll auch eine gewisse Vergleichbarkeit unter Beteiligung des Sozialpädagogischen Institutes in Köln ermöglichen.

Herr Zenz berichtet von einer Veranstaltung am 17.03. zum Kinderschutz gemäß § 8a SGB VIII im Rathaus Bensberg. Vor allem die Leitungskräfte der Kindertagesstätten baten darum deutlich zu machen, dass mit dem Schutzauftrag neben dem Bildungs- und dem Betreuungsauftrag ein weiterer Auftrag zu erfüllen ist und damit deutlich mehr Arbeit auf sie zukommt. Dem Ausschuss sei bekannt, wie umfangreich die Anforderungen an die Kindertagesstätten sind.

Herr Hastrich erinnert zur Tischvorlage „Zukunftsfähigkeit von Kindertageseinrichtungen“ an die Diskussion des Ausschusses in seiner letzten Sitzung über Qualität in Kindertageseinrichtungen. Dieser Artikel sei eine Zusammenfassung eines umfangreichen Dokumentes des Bundesjugendkuratoriums zur Kindertagesbetreuung, dessen voller Wortlaut unter dem angegebenen Link bezogen werden kann.

Frau Schöttler-Fuchs (SPD-Fraktion) begrüßt grundsätzlich Jugendbefragungen, um Informationen zu erlangen. Ihre Fraktion habe sich gefragt, ob die Befragung unbedingt 72 Fragen umfassen müsse. Der SPD-Fraktion sei es wichtig, solche Befragungen zumindest als Tischvorlagen zu bekommen, um z. B. über den Versand informiert zu sein.

Zu § 8a SGB VIII verweist sie auf ihren Besuch beim Städte- und Gemeindebund, dessen Sozialausschuss morgen tagt. Dort werde ein Bundeskinderschutzgesetz auf den Weg gebracht.

Herr Hastrich hält es nicht für förderlich, über die in den letzten Jahren ohnehin verschärften Vorschriften hinaus ein weiteres Gesetz zu verabschieden, in dem formalistische Vorschriften den Jugendämtern vorgeben, wie sie auf jede Meldung zu reagieren hätten. Auch die kommunalen Spitzenverbände hätten deutlich gegen dieses Gesetz Stellung bezogen.

Herr Galley (SPD-Fraktion) schließt sich den Ausführungen Herrn Hastrichs an.

Die Ausführungen Herrn Hastrichs zur kreisweiten Jugendbefragung hätten nach Opposition zwischen dem Datenschutz und Belangen der Jugendhilfe geklungen; er teile diese Ansicht aber nicht. Er sei froh über eine positive Meldung aus dem Bereich des Datenschutzes nach den Hiobsbotschaften der letzten Monate aus verschiedenen Bereichen der Gesellschaft. Datenschutz gehe auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zurück. Er bedauere zwar, dass es das Jugendamt getroffen habe, das mit der Jugendbefragung eine gute Intention verbunden habe. Die Uneinigkeit zwischen den beteiligten Datenschutzbeauftragten sei problematisch; er plädiere dafür, sich in ähnlichen Fällen zukünftig direkt mit dem Landesdatenschutzbeauftragten abzustimmen. Herr Hastrich akzeptiert selbstverständlich, dass sich die Jugendhilfeplanung an die

rechtlichen Rahmenbedingungen zu halten habe. Seine Kritik habe dem Umstand gegolten, dass, noch bevor es die Möglichkeit einer Erörterung des Sachverhaltes gegeben habe, die Position des Landesdatenschutzbeauftragten veröffentlicht wurde und die Rechtsauffassung der örtlichen Experten nicht gehört wurde.

In der Jugendhilfeplanung fehle es derzeit an wesentlichen Daten, die nicht regelmäßig erhoben werden können und jetzt nicht erhoben werden dürfen. Der Zugriff auf die zu erhebenden Daten sei nach seiner Auffassung verwaltungsseitig bereits sehr restriktiv geregelt worden.

<-@

6

Präsentation der Aktion "72 Stunden - Uns schickt der Himmel"

@->

Herr Homrighausen und Herr Buchen (Bund der Deutschen Katholischen Jugend) präsentieren die Aktion. *(Die Präsentation sowie eine Veröffentlichung zu dieser Aktion sind der Niederschrift als Anlagen beigelegt.)*

Frau Bendig bedankt sich unter Beifall des Ausschusses bei Herrn Buchen und Herrn Homrighausen für die Präsentation. Der Aktion wünsche sie viel Erfolg.

<-@

7

Meldepflicht bei Nichtteilnahme an Kinderfrüherkennungsuntersuchungen / Untersuchungen

@->

Frau Münzer begrüßt für ihre Fraktion grundsätzlich diese Aktion. Das Verfahren sei aber kompliziert und aufwändig. Sie hoffe, dass es als Ergebnis zu einer besseren Früherkennung führt. Allerdings befürchte sie, dass aufgrund der erforderlichen Schritte wertvolle Zeit verloren geht.

Frau Schöttler-Fuchs schließt sich diesen Ausführungen an. In dem für den Rheinisch-Bergischen Kreis gewählten Verfahren sieht sie einen gangbaren Weg. Besser sei es noch, auf Prävention zu setzen. Vor einigen Jahren sei über das Kreisgesundheitsamt die Aktion „Ich geh’ zur U – und Du?“ durchgeführt worden, die bei den Kindern gut angekommen sei. Als weitere Aktion sei die Broschüre „Was Kinder brauchen“ herausgegeben worden. Sie schlägt vor, dass das Jugendamt die Kindergärten besonders auf die erstgenannte Aktion hinweist.

Herr Schnöring (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) sieht das Thema eher kritisch. Ihm sei nicht klar, ob der Aufwand gerechtfertigt sei; dies müsse abgewartet werden. Von den für Anfang nächsten Jahres angekündigten Berichten erhoffe er sich Aussagen darüber, ob für die Mitarbeiter des ASD mehr Arbeit anfalle und ob sich die Maßnahme als sinnvoll erweist. Ob trotz des zu erwartenden Verwaltungsaufwandes die richtige Klientel erreicht werde, bezweifelt er. Es gebe griffigere Modelle wie z. B. die Familienhebamme.

Herr Galley schließt sich diesen Ausführungen an. Er sieht in dieser Vorgehensweise einen nicht sehr zielführenden bürokratischen Aufwand. Die Präventionsangebote der Krankenkassen begrüße er sehr. Er frage sich, wie sinnvoll solche Kontrollen sind, in der er eine Begrenzung der Freiheitsrechte sieht.

Herr Hastrich hält eine Prävention ebenfalls für besser als rechtliche Kontrollen. Das Jugendamt werbe ständig für die Aktion „Ich geh’ zur U – und Du?“, allerdings mit wechselndem Erfolg hinsichtlich der Beteiligung der Kindertagesstätten. Der Umstand, dass Eltern eine freiwillige Untersuchungsleistung nicht in Anspruch nehmen, habe nichts unmittelbar mit einer Kindeswohlgefährdung zu tun.

Herr Buhleier weist darauf hin, dass die Stadt sich mit dem Kreisgesundheitsamt hinsichtlich einer verstärkten Werbung für die Aktion „Ich geh’ zur U – und Du?“ abspreche. Derzeit nehmen kreisweit jährlich 30 Kindertagesstätten an dieser Aktion teil. Es werde versucht, durch Werbung den Teilnehmerkreis zu erhöhen. Weiterhin gibt es eine Broschüre der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung zur Kindergesundheit. Ziel sei die Verteilung an die Eltern möglichst frühzeitig nach der Geburt eines Kindes.

<-@

8 Praxisbericht aus den Familienzentren

@->

Zu diesem Punkt tragen zunächst Frau Rubruck (Katholisches Familienzentrum Bensberg/Moitzfeld), Frau Lange (Familienzentrum Flic Flac) und Frau Boljahn (Familienzentrum ZAK) technikunterstützt vor. *(Die Präsentation ist dieser Niederschrift als Anlage beigelegt.)*

Frau Schöttler-Fuchs bedankt sich für den Vortrag und begrüßt die Einrichtung der Familienzentren. In dem Vortrag sei deutlich geworden, was Arbeit in Kindertagesstätten bedeute.

Die Auswahl der Familienzentren erfolge nach Proporz; die Auswahl von zwei benachbarten Einrichtungen als Familienzentrum sei nicht möglich, wenn es sich nicht um einen Verbund handelt. Einrichtungen, die nicht als Familienzentrum ausgewählt würden, können dieselben Arbeiten wie ein Familienzentrum leisten ohne deren finanzielle Möglichkeiten. Über das KiBiz sei eine gesonderte Diskussion erforderlich. Frau Schöttler-Fuchs verweist auf die Leuchtturmfunktion der Familienzentren im Hinblick auf Angebote an Eltern. Es war angedacht, über bestimmte Angebote an bildungsfremde oder -ferne Familien heranzukommen. Sie möchte wissen, ob Eltern häufiger an Elternabenden oder solchen Angeboten teilnehmen. Außerdem möchte sie wissen, wie viele Eltern aus anderen Einrichtungen kommen.

Frau Boljahn geht davon aus, dass die Arbeit der Familienzentren noch nicht allen Familien bekannt sei. Der Besuch der Familienzentren zu bestimmten Themen sei noch entwicklungsfähig. Anzustreben sei auch eine bessere Zusammenarbeit. Sie begrüße sehr die Möglichkeit einer trägerübergreifenden Zusammenarbeit.

Hinsichtlich niederschwelliger Angebote für Familien mit Migrationshintergrund sei eine engere Zusammenarbeit mit der Familienbildung erforderlich.

Frau Rubruck erklärt, in den Gemeinden Moitzfeld und Bensberg würde seit langem sehr vernetzt gearbeitet. Sie stelle einen starken Zulauf aus Familien fest, die nicht die Einrichtungen besuchen.

Herr Schnöring ist der Auffassung, jeder Anwesende könne sich dem gezogenen Resümee anschließen. Es sei klar geworden, welche Aufgaben durch die Zentren erledigt werden müssen. Interessant sei die Frage möglicher Ressourcen. Diese sollte im Ausschuss und der Verwaltung nachgehalten werden. Auch über die GI Service gGmbH könnte das eine oder andere geregelt werden. Auch Herr Schnöring bedankt

sich für den Vortrag.

Frau Bendig kündigt an, die Tagesordnungspunkte, zu denen Herr Spieker berichten wird, vorzuziehen.

<-@

10 **Wechsel der Trägerschaft über die Kindertagesstätte "Luise Ueding" im Zentrum für Aktion und Kultur (ZAK)**

@->

Im Jugendhilfeausschuss besteht darüber Einvernehmen, die Tagesordnungspunkte A 10 und A 11 gemeinsam zu beraten.

Herr Hastrich weist daraufhin, dass am 16.03.2009 die Elternversammlung der Kindertageseinrichtung „Luise Ueding“ einstimmig für den vorgeschlagenen Trägerwechsel gestimmt hat.

Herr Schnöring erinnert daran, dass sich im ZAK nicht nur die Kindertagesstätte befinde. Seinerzeit wurde einem Modellversuch, der auch vom Land mitfinanziert wurde, zugestimmt. Ihm stelle sich die Frage, wie es sich mit den anderen Teilbereichen verhalte, z. B. der Jugend- und der Kulturarbeit. Er möchte wissen, ob dies so weiter geführt werde und welche Bedeutung die anderen Teile des ZAK haben werden.

Herr Spieker (FRÖBEL-Gruppe) erklärt, die FRÖBEL-Gruppe sei gerade von der Komplexität und vom Zusammenspiel der Leistungsbereiche und der Angebote fasziniert. In den Familienzentren sieht er einen Grundgedanken, der in allen Kindertageseinrichtungen mitschwingt. Die Bildungsangebote der Kindertageseinrichtungen sollten gerade in schwierigeren Sozialräumen weitergeführt werden. Für die FRÖBEL-Gruppe sei gerade das ZAK mit seinem besonderen kulturellen Angebot ein Leuchtturm, der gerne angenommen werde. Die Anregungen werden weitergereicht. In diesem Zusammenhang verweist er auf eine ähnliche Einrichtung in Königswinter, die von der FRÖBEL-Gruppe übernommen wurde. In Zusammenarbeit mit einem dort neu gegründeten Kulturverein wurden Kulturangebote umgesetzt. Das Zusammenspiel funktioniere sehr gut. Ähnliches erhoffe er sich auch für das ZAK.

Frau Schöttler-Fuchs erklärt, ihre Fraktion werde beiden Beschlussvorschlägen zustimmen. Sie bedaure die Aufgabe der Trägerschaften durch die beiden Träger. Wenn Einrichtungen in der Trägerschaft von Elterninitiativen zukünftig in Verbände übergehen, sei die Idee der Mitwirkung von Eltern nicht mehr wie in der Vergangenheit gegeben. Sie möchte wissen, wie der FRÖBEL-Gruppe die Finanzierung handhabe. Hinsichtlich der Bezahlung der Mitarbeiter nach TVÖD sei die FRÖBEL-Gruppe für ein Jahr vertragsgebunden. Frau Schöttler-Fuchs möchte wissen, ob die Bezahlung nach diesem Jahr nach Haustarif oder wie sie sonst erfolgt.

Herr Schnöring fragt nach der (finanziellen) Absicherung der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der zu übernehmenden Einrichtungen.

Frau Münzer bedauert, dass kein Bergisch Gladbacher Träger gefunden wurde, der die Einrichtungen übernimmt. Die Fragen von Frau Schöttler-Fuchs würden auch von ihrer Fraktion geteilt. Darüber hinaus fragt sie nach anderen Einrichtungen. Elterninitiativen insgesamt hätten große personelle Probleme, was die Vorstandsarbeit oder

die Übernahme der Elternarbeit angehe. Frau Münzer möchte wissen ob die FRÖBEL-Gruppe noch andere Einrichtungen zu übernehmen gedenke.

Herr Spieker verweist darauf, dass der Betriebsübergang nach § 613a greife, der eingehalten werde. Schon um die Motivation des Personals zu erhalten, beabsichtige die FRÖBEL-Gruppe keine Gehaltskürzungen. Die FRÖBEL-Gruppe sei derzeit nicht tarifgebunden, ordne aber de facto das Personal nach TVÖD ein. Die Mitarbeiter, die von der katholischen Kirche übernommen werden, werden weiterhin nach IKAVO vergütet.

Am 06.04.2009 setzt sich eine Tarifkommission in der FRÖBEL-Gruppe zusammen, um einen Haustarifvertrag mit der GEW in Berlin, begleitet durch den Bundesvorstand, zu entwickeln.

Aufgrund des Besserstellungsverbotes darf nicht mehr gezahlt werden als von kommunalen Trägern. Die FRÖBEL-Gruppe wünsche den Einbau bestimmter Punkte, die eine gewisse Einheitlichkeit gewährleisten, um extreme Abweichungen zu vermeiden. Bestehende Abweichungen ergeben sich dadurch, dass „Alt“-Mitarbeiter auf der Grundlage des BAT und neue Mitarbeiter nach TVÖD eingruppiert werden. Abgestellt wird auf die Bildungs- und Erziehungsorientierung in einer Kindertagesstätte.

Wunsch sei, die Mitwirkung der Eltern zu erhalten. Diese Mitwirkung solle mehr im pädagogischen Bereich oder in Initiativen erfolgen. Die FRÖBEL-Gruppe lege großen Wert auf eine Stärkung der Leitung im Hinblick auf die Aufgabenerfüllung.

Die Übernahme weiterer Einrichtungen in Bergisch Gladbach ist derzeit nicht geplant. In der Vergangenheit wurde eher mehr auf Zuruf reagiert. In Köln, Bonn und Hürth laufen derzeit verschiedene Gespräche.

Auf Nachfrage von Frau Schöttler-Fuchs stellt Herr Spieker den Trägerverein vor und verweist dabei auch auf die Vorlage.

In Bergisch Gladbach müsse die FRÖBEL-Gruppe wie jeder gemeinnützige Träger den Eigenanteil von 5 % tragen. Mit dem Jugendamt wurde ein Konzept entwickelt, inwieweit durch eine Kooperation mit Betrieben vor Ort (Stichwort: Vereinbarkeit von Familie und Beruf) Modelle entwickelt werden können, das Betriebe sich an Belegplätzen beteiligen und Zusatzleitungen zu KiBiz entwickelt werden. Dadurch werde der FRÖBEL-Gruppe ermöglicht, einen Großteil des Eigenanteils zu leisten. Der Rest müsse durch Spenden und Fördermitgliedsbeiträge hereingeholt werden.

Frau Münzer verweist darauf, dass die FRÖBEL-Gruppe eine Einrichtung in Porz-Langel übernommen hat, von der ihr eine Broschüre vorliegt. Diese sei sehr interessant. Frau Münzer bittet um Überlassung einer Anzahl Exemplare dieser Broschüre, damit sie dort bestimmte Dinge nachlesen könne.

Herr Spieker sagt dies zu und erklärt, verschiedene Veröffentlichungen stünden zur Mitnahme bereit.

Frau Bendig bedankt sich unter Beifall des Jugendhilfeausschusses bei Herrn Spieker und wünscht ihm eine gute Heimreise.

Der Jugendhilfeausschuss fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig)

<-@

@->

1. Der Jugendhilfeausschuss stimmt dem Wechsel der Trägerschaft über die Kindertagesstätte „Luise Ueding“ in Bockenberg, Reginharstraße 40, von dem Verein zur Förderung der Jugend- und Sozialarbeit auf die Fröbel Köln gGmbH zum 01.08.2009 zu. Die Zustimmung steht unter dem Vorbehalt, dass die vertraglichen Regelungen über die Übertragung des Gebäudes und des Betriebes der Kindertagesstätte zustande kommen.

2. Der Jugendhilfeausschuss bedankt sich bei dem Verein zur Förderung der Jugend- und Sozialarbeit für sein langjähriges Engagement zum Wohle der Bergisch Gladbacher Kinder.

<-@

11 Wechsel der Trägerschaft über die Kindertagesstätte "Pusteblume"

@->

Der Jugendhilfeausschuss fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig)

<-@

@->

1. Der Jugendhilfeausschuss stimmt dem Wechsel der Trägerschaft über die Kindertagesstätte „Pusteblume“ in Frankenforst, Beethovenstraße 21, von dem Elternverein „Pusteblume“ e.V. auf die Fröbel Köln gGmbH zum 01.04.2009 zu. Die Zustimmung steht unter dem Vorbehalt, dass die vertraglichen Regelungen über die Übertragung des Gebäudes und des Betriebes der Kindertagesstätte zustande kommen.

2. Der Jugendhilfeausschuss bedankt sich bei dem Elternverein „Pusteblume“ e.V. für sein über 20jähriges Engagement zum Wohle der Bergisch Gladbacher Kinder.

<-@

9 Auswahl eines weiteren Familienzentrums für die Landesförderung

@->

Frau Münzer verweist darauf, dass die evangelische Kindertagesstätte Kradepohl nicht mit in die Auswahl gekommen ist. Sie möchte wissen, welche Chancen eine Einrichtung und speziell diese hat, noch aufgenommen zu werden. Außerdem fragt sie, wie es mit den Einrichtungen aussehe, die noch in der Luft hängen.

Herr Hastrich erklärt, in den nächsten Jahren wären weitere Einzelentscheidungen über die Einrichtung von Familienzentren erforderlich, um die noch freien Plätze im Zertifizierungskontingent zu vergeben. Nach der Beschlusslage dieses Ausschusses wird in dieser Liste die evangelische Kindertagesstätte Kradepohl wegen ihrer Nähe zur katholischen Kindertagesstätte St. Marien nicht mehr auftauchen können. Teil der

Beschlusslage sei aber auch, grundsätzlich alle dreigruppigen Einrichtungen zu Familienzentren auszubauen, wenn genügend Mittel für ein eigenes kommunales Förderprogramm zur Verfügung stehen. Dies sei derzeit noch nicht absehbar.

Der Jugendhilfeausschuss fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig)

<-@

@->

1. Auf der Basis, dass bis 2012 in Bergisch Gladbach 17 Kindertagesstätten eine Landesförderung für ihre Arbeit als Familienzentrum erhalten sollen, beschließt der Jugendhilfeausschuss, für die vierte Ausbauphase die Bewerbung der **Kath. Kindertagesstätte St. Marien, Gronau (241)**, mit Antrag auf Förderung an das MGFFI weiterzuleiten.
2. Für die Ausbauphase 2010/2011 wird der Jugendhilfeausschuss Anfang 2010 auf Grund der dann aktuell vorliegenden Bewerbungen entscheiden.

<-@

12 Anfragen der Ausschussmitglieder

@->

Frau Lehnert

Ich habe eine Frage zum Konjunkturprogramm. Ob und in wie weit können Mittel aus dem Konjunkturprogramm für Bedürfnisse freier Träger verwendet werden?

Herr Mumdey kann noch nicht über eine konkrete Vorschlagsliste berichten. Vor allem leide das Konjunkturpaket an einigen rechtlichen Unsicherheiten. Derzeit werde in Bergisch Gladbach eine Prioritätenliste erstellt. Wenn es bei den Absichten bleibt, wie sie heute Morgen ins Auge gefasst worden seien, würde aus dem für Bildung vorgesehenen Block ein Teil für die Kindertagesstätten zur Verfügung gestellt. Da die Stadt keine eigenen Kindertagesstätten unterhalte, gehe der Betrag automatisch an freie Träger. Verwaltungsintern werde endgültig bis zu den Osterferien entschieden.

Frau Bendig schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 19.05 Uhr.

<-@